

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 26

Artikel: Marschall Tschbrikow und der "Grosse Oktober"
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094407>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager

Marschall Tschebrikow und der «Grosse Oktober»

Die Reden, die jeweils am Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November (wegen des 1923 erfolgten Übergangs vom Julianischen zum Gregorianischen Kalender) gehalten werden, enthalten wichtige Richtlinien, die in der Regel von einem der jüngsten Vollmitglieder des Politbüros vorzutragen sind. Am 68. Jahrestag war 1985 Marschall Viktor Tschebrikow an der Reihe, seit Dezember 1983 im Politbüro (seit April 1985 als Vollmitglied) und seit Dezember 1982 Chef des KGB.

Vorweg stellte der Marschall fest: «Die Oktober-Revolution ist eine Revolution der sozialen Gerechtigkeit. Sie verkörpert die innersten Anliegen der Arbeitenden und ihren Wunsch nach Freiheit, Gleichheit und Glück.»

Diese Umschreibung entspricht dem Urteil, das ausländische Sympathisanten über die Okto-

ber-Revolution fällten, und der Hoffnung, welche die Revolutionäre vor der Machtübernahme hatten. Tschebrikow begann sein Referat mit dem Satz: «Genossen! Vor 68 Jahren gelang dem russischen Proletariat in Verbindung mit den ärmsten Bauern und unter der Führung der Leninistischen Partei der erfolgreiche Durchbruch in die Zukunft.» In was bestand und besteht diese Führerschaft?

Am 31. Juli 1919 sagte Lenin in einer Rede auf dem 1. Gesamtrussischen Kongress der Mitarbeiter des Bildungswesens und der sozialistischen Kultur: «Wenn man uns die Diktatur einer Partei zum Vorwurf macht und uns, wie Sie gehört haben, die sozialistische Einheitsfront vorschlägt, so sagen wir: «Jawohl, Diktatur einer Partei!» Dabei bleiben wir, und diesen Boden können wir nicht verlassen, weil das die Partei ist, die sich im Laufe von Jahrzehnten die Stellung als Avantgarde des gesamten Industrieproletariats erobert hat» (Lenin, Gesamtelte Werke, Bd. 29, S. 527).

Aus vielen Feststellungen Lenins kann indirekt auf Vorwürfe geschlossen werden, denen er sich zu erwehren hatte.

In einer Ansprache «Über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit» stellte Lenin am 19. Mai 1919 fest: Wir werden «uns durch so schön klingende Losungen wie Freiheit, Gleichheit und Mehrheitswillen nicht irreführen lassen» (Lenin, 29, 339). Solche Bemerkungen widerlegt Tschebrikows rosige Darstellung der Oktober-Revolution nicht, zumal er weiter in seinem Text «die grundlegenden Aufgaben der Sowjetgesellschaft» als die Mittel und Möglichkeiten definiert, «die führende Rolle der Partei zu verstärken und das programmatische Ziel des Kommunismus zu verwirklichen».

Lenin kam früh zur Einsicht, dass er seine Ideale von Gleichheit aufgeben musste, und er war von beissender Ironie jenen gegenüber, die sich der Doktrin verpflichtet fühlten. In seiner Schrift «Über «linke» Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit» schrieb Lenin im Mai 1918: «Die Sowjetmacht erteilt den Kapitalisten die «Leitung» nicht als Kapitalisten, sondern als

technischen oder organisatorischen Fachleuten gegen hohe Bezahlung... denn andere Leute, die diese Sache aus der Praxis kennen, gibt es nicht» (Lenin, 27, 342).

Auch in der Arbeiterklasse selbst konnte die Gleichheit keineswegs gesichert werden. Am 9. Mai veröffentlichte Lenin die einige Tage zuvor verfassten «Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht» mit der Ankündigung: «Auf die Tagesordnung treten insbesondere Massnahmen zur Hebung der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsproduktivität. Die Schritte, die in dieser Richtung bereits getan worden sind, besonders von den Gewerkschaften, müssten mit allen Kräften unterstützt, untermauert und verstärkt werden. Dazu gehört beispielsweise die Einführung des Stücklohns... die Abstimmung des Verdienstes mit den gesamten Arbeitsergebnissen der Fabrik... die Organisierung des Wettbewerbes» (Lenin, 27, 308).

★

Dieser Linie ist die sowjetische Politik bis heute gefolgt. Tschebrikow verlangte in seiner Rede ausdrücklich:

«Die Partei zählt besonders auf die Arbeiterklasse und die Kollektivbauernschaft, dass diese alles unternehmen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Der Entwurf zum neuen Parteiprogramm, am 26. Oktober veröffentlicht, verlangt eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 130 bis 150 % über die nächsten 15 Jahre und warnt vor Vorstellungen der Gleichheit mit folgenden Worten: «Die Ziele einer wirksamen Verteilung des Sozialprodukts und Nationaleinkommens sowie der Absicherung, dass die Verteilung arbeitsloses Einkommen und Lohngleichmacherei verhindert – alles im Gegensatz zu den Normen und Grundsätzen einer sozialistischen Gesellschaft stehend –, werden konsequent verfolgt.»

In den am 9. November veröffentlichten «Grundrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR 1968 bis 1990 und für die Periode bis zum Jahre 2000» wird in Abschnitt X verlangt: «Die Wirksamkeit des



Marschall Tschebrikow

Lohnsystems muss erhöht werden; es muss eine engere Verbindung zwischen dem Lohn des Arbeiters und seiner Leistung hergestellt werden; Elemente der Lohngleichmacherei müssen ausgemerzt werden; die materielle und moralische Verantwortlichkeit für Unzulänglichkeiten in der Arbeit muss verstärkt werden.» (Zu Parteiprogramm, Statut und Grundrichtungen siehe ZB 24 vom 27. 11. 85, S. 6 ff.).

In der bereits zitierten Schrift «Über die «linke» Kinderei» schreibt Lenin zur Frage der wirtschaftlichen Konzentration: «Sozialismus ist undenkbar ohne grosskapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmässige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält. Davon haben wir Marxisten stets gesprochen, und es lohnt nicht, auch nur zwei Sekunden für ein Gespräch mit Leuten zu verschwenden, die sogar das nicht begriffen haben» (Lenin, 27, 332).

★

Erfahrungen haben die sowjetischen Führer offenbar zu Leuten gewandelt, für die Lenin keine zwei Sekunden verschwenden würde.

Trotz der theoretischen Vorzüge extremer Zentralisierung als Inbegriff der Ordnung im Gegensatz zum Chaos ist die heutige sowjetische Haltung ambivalent, wenn nicht gar widersprüchlich. Dazu Tschebrikow: «Partei und Regierung werden den Grundsatz der zentralen Verwaltung verstärken . . . Gleichzeitig gebietet das Leben, dass die finanzielle Autonomie vertieft und die Rechte der Unternehmungen und ihre Unabhängigkeit erweitert werden.» Bloss zwei Linien liegen zwischen diesen zwei Zitaten.

Von erheblichem Interesse sind die Ausführungen des KGB-Chefs über Recht und Gesetz: «Wir wiederholen, dass Partei und Staat einen unermüdlichen und kompromisslosen Kampf führen werden gegen . . . ein Verhalten, das mit den sowjetischen Gesetzen unvereinbar ist. Es versteht sich, dass der Kampf gegen Gesetzesbrecher im Rahmen der sozialistischen Legalität geführt werden muss.»

Tschebrikow führte einige der visierten Tatbestände an: neben Veruntreuung, Bestechung und Diebstahl auch andere Vergehen, die in jedem Lande strafbar sind. Das ist jedoch nicht das ganze Bild. Um die «sozialistische Legalität» zu verstehen, muss man auf Lenin zurückgreifen. Als Tschebrikow im April 1984 zum Marschall ernannt wurde, stand in der offiziell-

len Erklärung: «Diese Arbeit (das KGB) muss auf dem zuverlässigen Fundament der leninistischen Prinzipien und im Geiste der hervorragenden Traditionen der Sicherheitsleute geführt werden», das heisst der ursprünglichen Tschekisten (die «Ausserordentliche Kommission», Tschecha, wurde in NKWD, später MWD, schliesslich KGB umgetauft).

Im April 1921, nachdem der Notstand der Revolution abgeschlossen war, schrieb Lenin: «Die Gerichte sind bei uns Klassengerichte gegen die Bourgeoisie» (Lenin, 32, 365). Seine Haltung hat er im Mai 1922 in einem Brief an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, präzisiert: «Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen . . . sondern ihn prinzipiell klar, ohne Falsch und ohne Scham begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muss so weit gefasst sein als möglich» (Lenin, 33, 344).

Es gibt im Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (RSFSR) noch heute Delikte, die «so weit gefasst sind als möglich». Ein Beispiel ist Art. 70, Abs. 1 über die «antisowjetische Agitation und Propaganda», die jederzeit gegen das angerufen werden kann, was in jeder offenen Gesellschaft freie Meinungsäusserung ist.

Die Praxis der «sozialistischen Legalität» kann am Fall von Prof. Juri Orlow demonstriert werden, dem Gründer der Moskauer Helsinki-Gruppe zur Überwachung der Ausführung der in der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 festgelegten Grundsätze. Er wurde im Februar 1977 inhaftiert, im Mai 1978 zu sieben Jahren Gefängnis und anschliessend fünf Jahren Deportation verurteilt. Dabei wurde die gesetzliche Vorschrift missachtet, dass eine Untersuchungshaft nicht länger als neun Monate dauern darf. Der Oberste Sowjet kann zwar in besonderen Fällen von der Bestimmung abweichen, und darum enthält diese gesetzliche Vorschrift keinen Schutz für den Bürger. Sowohl vor als nach seiner Verurteilung wurde Prof. Orlow einer Verleumdungskampagne in den sowjetischen Medien ausgesetzt. Seine Schuld wurde vor dem Urteil als bewiesen angenommen, und er hatte keine Möglichkeit zur Antwort oder zur Leistung eines Gegenbeweises. Sein Verteidiger war kein unabhängiger Jurist, der sich im Interesse seines Klienten einsetzt. ■

Die Ausführungen Tschebrikows über die sowjetische Aussen- und Sicherheitspolitik werden in einer nächsten Nummer behandelt.

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck Zeitbild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 46.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 26.—
Einzelnummer Fr. 2.—

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 50.—/DM 60.—/
Luftpost sFr. 55.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 30.—/DM 36.—
Einzelnummer sFr. 2.50/DM 3.—

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 60.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer,
Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner,
Michael Bader

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM
Tatsachen und Meinungen)



Rivoli -COUVERTS sind günstiger!



Fragen Sie Ihre Druckerei oder
Rivoli-COUVERTS 4411 Seltisberg BL

